

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 646-48 ppbn d



Inhalt

33. Jahrgang / 190

3. Oktober 1978

Bruno Friedrich MdB,
stellvertretender Vor-
sitzender der SPD-Bun-
destagsfraktion, wirft
Strauß und der CSU eine
zynische Verachtung der
bayerischen Wähler vor.

Seite 1/2

Antje Huber, Bundesmi-
nister für Familie,
Jugend und Gesundheit,
widerspricht den jüngsten
familienpolitischen Vor-
schlägen der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion.

Seite 3

Karsten D. Voigt MdB
warnt vor leichtfertigen
Umgang mit demoskopischen
Erkenntnissen aus dem
Hochschulbereich.

Seite 4/5

Dr. Renate Lepsius MdB
wendet sich gegen die
ökonomische Benachteilig-
ung lediger und geschle-
dener Mütter.

Seite 6/7

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

Strauß will 1980 Kanzler werden

Die heutigen Ankündigungen des CSU-Politikers Dr. Zimmer-
mann treffen Dr. Helmut Kohl

Von Bruno Friedrich MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Der CSU-Landesgruppenvorsitzende Dr. Friedrich
Zimmermann hat in der heutigen Ausgabe der "Nürnberger
Nachrichten" in nicht zu überbietender Offenheit klar ge-
macht, daß Strauß das Amt des bayerischen Ministerpräsi-
denten nur anstrebt, um eine günstige Ausgangsposition für
sein Ziel zu gewinnen, spätestens 1980 Bundeskanzler zu
werden.

Dr. Zimmermann nennt in seinem Interview vier Schritte:

1. Ausweitung der CSU als einer bundesweiten Partei ("Der
nächste Prüfungszeitpunkt ist nach den Wahlen in Hessen
und Bayern").
2. 1980, bei der Bundestagswahl, soll Strauß der Spitzen-
kandidat einer bundesweiten CSU sein. Dr. Zimmermann:
"Wenn man sich dazu entschließen sollte, bundesweit mit
C-Parteien anzutreten, dann wäre selbstverständlich der
Spitzenkandidat der CSU Franz Josef Strauß. Insofern
ist das keine heikle Frage, sondern Selbstverständlich-
keit."
3. Der CDU-Vorsitzende Dr. Helmut Kohl ist für die CSU nicht
der nächste Kanzlerkandidat. Dr. Zimmermann: "Der CDU-
Kandidat war nie automatisch Kanzlerkandidat."
4. Über den Kanzlerkandidaten der CDU/CSU 1980 soll nach der
Meinung Dr. Zimmermanns nicht vor, sondern erst nach dem
Wahlgang entschieden werden. Dr. Zimmermann: "Bei Wahlen

zum Deutschen Bundestag kandidieren Parteien, der Bundeskanzler wird vom Bundestag gewählt, und wenn die beiden C-Parteien zusammen die Mehrheit haben sollten, würden wir uns nicht schwer tun, den geeigneten Spitzenkandidaten nach einer Wahl zu präsentieren."

Dr. Zimmermanns beharrliche Forderung, über den nächsten Kanzlerkandidaten von CDU und CSU erst nach der Bundestagswahl 1980 zu entscheiden, beseitigt jeden Zweifel daran, daß es für eine bundesweite CSU nur einen Kanzler-Anwärter gibt: Dr. Franz Josef Strauß! Zugleich demonstrieren die heutigen Ausführungen Dr. Zimmermanns in den "Nürnberger Nachrichten" die gleichen Zweifel an der Kanzlerfähigkeit des CDU-Vorsitzenden Dr. Kohl wie die des CDU-Abgeordneten Barzel in seinem Interview der Illustrierten "Stern".

Was veranlaßt den CSU-Politiker Dr. Zimmermann, zwölf Tage vor der bayerischen Landtagswahl mit einem offenen Anflug von Zynismus zuzugeben, daß das Amt des bayerischen Ministerpräsidenten für Strauß nur eine taktische Zwischenposition sein wird? Strauß und Zimmermann sind offenbar schon jetzt überzeugt, daß Alfred Dregger und seine CDU in Hessen ihr Ziel nicht erreichen werden. Das Scheitern Dr. Dreggers soll schon jetzt der CDU signalisieren, daß sie in diesem Falle an Strauß als dem einzig möglichen Kanzlerkandidaten von CDU und CSU nicht mehr vorbeikommen wird. Deshalb die heutige Initiative Dr. Zimmermanns, der man eine gewisse Bewunderung nicht versagen kann; denn noch nie hat eine Partei ihre Wähler so zynisch und verächtlich behandelt wie die CSU gegenwärtig ihre bayerischen Wähler behandelt: Die CSU-Wähler in Bayern sollen am 15. Oktober nicht aus landespolitischen Gründen zur Wahl gehen. Sie sollen vielmehr Strauß zum Ministerpräsidenten wählen, damit er eine taktisch günstige Ausgangsposition erreicht, um über Helmut Kohl hinweg Kanzlerkandidat der C-Parteien zu werden. Die Landespolitik ist für Strauß nur ein Fußabstreifer am Anfang der Treppe nach oben.

Meine gestern an die CSU gerichtete Aufforderung, dem bayerischen Wähler zu sagen, wohin die Reise der bundesweiten CSU gehe, war nur zu berechtigt. Die CSU ist nach dem Selbstverständnis Dr. Zimmermanns nicht mehr als eine bayerische Partei zu betrachten und der auf riesigen Plakaten geschriebene Satz: "Strauß für Bayern", ist, spätestens nach Zimmermanns Interview, eine fett gedruckte Lüge. (-/3.10.1978.ks/hg)

+ + +

Aus der Mottenkiste

Wider die unsoziale Familienpolitik der CDU/CSU

Von Antje Huber MdB

Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit

Die jüngsten familienpolitischen Vorschläge der CDU/CSU-Fraktion zeigen, daß die Opposition durch die familienpolitischen Beschlüsse der Bundesregierung wach geworden ist und nun mit einigen Forderungen nachzieht. Darüber hinaus dokumentieren die Vorschläge, wie wenig durchdacht die angeregten Maßnahmen sind: Auf der einen Seite beklagen CDU/CSU-Politiker die Neuverschuldung im Bundeshaushalt und die Steuerbelastungen der Bürger und im gleichen Atemzug unterbreiten sie Vorschläge, die dem Bund Mehrausgaben bis acht Milliarden DM jährlich bringen würden.

Die Forderung nach Wiedereinführung der Kinderfreibeträge, die Familien mit höherem Einkommen mehr entlastet als Familien mit niedrigem Einkommen, bedeutet einen Rückfall in die CDU-Familienpolitik der sechziger Jahre. Es widerspricht jedem Verständnis von sozialer Gerechtigkeit, wenn z.B. ein Generaldirektor mit einem Steuersatz von 56 Prozent durch die Einführung eines Kinderfreibetrages von 600 DM pro Jahr und Kind um 336 DM (bei drei Kindern 1.008 DM) entlastet wird, während ein Arbeitnehmer mit einem Steuersatz von 22 Prozent nur 132 DM (bei drei Kindern 396 DM) bekommen würde. Selbst in der CDU/CSU gibt es Widerstand gegen diesen Vorschlag. So haben sich nach Pressemeldungen die CDU-Sozialausschüsse durch ihren Vertreter Wolfgang Vogt klar gegen die Einführung von Kinderfreibeträgen ausgesprochen.

Ich werde mich mit aller Kraft gegen diese Art unsozialer Familienpolitik aus der Mottenkiste zur Wehr setzen.

Seit der Reform des Familienlastenausgleichs am 1. Januar 1975 wird unabhängig vom Einkommen der Eltern Kindergeld gezahlt. Dadurch werden alle Familien in gleichem Maße entlastet.

Diese fortschrittliche, sozial gerechte Familienpolitik hat die Bundesregierung mit ihren Beschlüssen vom 27. Juli 1978 weitergeführt. Danach wird das Kindergeld ab 1. Januar 1979 für das dritte und jedes weitere Kind auf 195 DM erhöht und ab 1. Januar 1980 für das zweite auf 100 DM.

Mit ihrem Vorschlag zur Einführung eines Familiengeldes hat die CDU/CSU-Fraktion nichts Neues in die Diskussion eingeführt. Unklar bleibt bei dem CDU/CSU-Vorschlag zudem, ob die Krankenversicherungs-, Arbeitslosenversicherungs- und Rentenversicherungsfragen zu Lasten der Elternteile gehen würden, die Elternurlaub/Erziehungsgeld in Anspruch nehmen. Mit dem Mütterurlaub hat die Bundesregierung einen wichtigen Schritt getan, um einen Elternteil zur Versorgung eines Kleinstkindes mit staatlicher Bezahlung von der Arbeit freizustellen. Ich werde auch in Zukunft alle Möglichkeiten nutzen, um den Elternurlaub auszubauen.

Geht man den Vorschlägen der CDU/CSU also auf den Grund, wird recht schnell deutlich, daß sie zusammengebastelt wurden, um kurzfristig für die Landtagswahlen in Hessen und Bayern familienpolitisch verlorenen Boden zu gewinnen, ohne daß man sich in der Opposition auch nur über das Paket voll einig wäre. (-/3.10.1978/vo-he/hgs)

+ + +

Die Not mit den Demoskopern

Ein Lehrstück, wie man mit Studenten nicht umgehen sollte

Von Karsten D. Voigt MdB

Mitglied der Arbeitsgruppe Bildung und Wissenschaft der SPD-Bundestagsfraktion

Am Anfang des CDU/CSU-Sturms auf die öffentlich-rechtlichen Medien stand die These, daß die Wahlen für die sozialliberale Koalition durch die Medien entschieden worden seien. Die angeblich wissenschaftliche Grundlage lieferte seinerzeit Prof. Elisabeth Noelle-Neumann, "Institut für Demoskopie Allensbach".

Nun hat die streitbare Dame die Sturmglocken für die Hochschulen geläutet: "Nur jeder vierte Student ein Gegner des Kommunismus", überschreibt die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 2. Oktober 1978 eine zusammenfassende Meldung ihrer Untersuchungsergebnisse.

Was da Frau Noelle-Neumann und FAZ-Mitherausgeber Fritz Ullrich Fack aus Allensbacher Zahlenmaterial über die demokratische Zuverlässigkeit zusammenkommentieren, ist schon des Nachdenkens wert.

Da ist die erfreuliche Tatsache zu verzeichnen, daß laut Allensbacher Untersuchung 78 Prozent der bundesdeutschen Studenten das parlamentarische System erhalten wollen, dagegen aber nur sechs Prozent die kommunistischen Staaten als den kapitalistischen für überlegen halten.

Das ändert nichts daran, daß Fack und Frau Noelle-Neumann ein apokalyptisches Bild über demokratiefreundliches "Meinungsklima" an unseren Hochschulen zeichnen.

Als besonders schrecklich wird dargestellt, daß 61 Prozent der Studenten zwar das System der kommunistischen Länder ablehnen, aber Sympathie für die "Idee des Kommunismus" bekunden. Daraus werden dann so reißerische FAZ-Überschriften - wie die zitierte gedichtet. Da wird Sympathie für die "Idee des Kommunismus" ohne weiteres Befragen, ob nicht auch hier utopisch-sozialistische auch unchristlich

und humanistische Werte Paten stehen könnten, als Indiz für demokratiefeindliche Haltung bewertet.

Besonders angekreidet wird den Studenten, die schließlich im Schnitt später zu den Besser-Verdienenden gehören werden, daß sie sich mehrheitlich für "mehr Gleichheit bei den Einkommen" einsetzen. Das ganze in einer hetzerischen Sprache verfaßt, die sicherlich keinen Studenten zur vernünftigen Auseinandersetzung mit diesen Thesen zu motivieren vermag.

Natürlich wird auch der Frage der Bündnispolitik der Jungdemokraten und Jungsozialisten bei der studentischen Selbstverwaltung nachgegangen. Hier wird die bekannte Tatsache beklagt, daß es kaum "Koalition" mit der CDU-Studentengruppe RCDS gibt. Nur 44 Prozent der Studenten hielten das für falsch. Statt nun also den Ursachen für die harte Polarisierung gegen den RCDS an den Hochschulen nachzugehen, wird rücksichtslos und rundum diffamiert.

Originalton-Fack: "In dieser Größenordnung (die 44 Prozent) läßt sich vielleicht das zuverlässige demokratische Potential an den Hochschulen einschätzen." Der Rest stünde links der Mitte, möge sich zwar noch demokratisch ausnehmen, trüge aber "weithin demokratiefeindliche Züge". Wer mit dem RCDS also nichts zu tun haben will, der ist nicht demokratisch zuverlässig.

Solche Sätze sind entlarvend und führen zum Kern studentischer Empörung. Diese kollektive Verunglimpfung in wohlbekannter RCDS-Manier: "Wir, die einzig demokratische Studentenorganisation." Der Kampf des RCDS hat sich weitgehend von den Hochschulen in die Gerichte verlagert. Dort steht sie als Kläger gegen Kommilitonen, die sogenannte allgemeinpolitische Erklärungen abgegeben haben. So entsteht in der Tat Verbitterung und Polarisierung. Das Noelle-Neumannsche Wehklagen über die - selbst mitverschuldete - Isolation des RCDS an den Hochschulen kann da wenig rühren.

Bei alledem soll nicht verkannt werden, daß Realitätsferne und intolerante Unerbittlichkeit einer studentischen Minderheit in der Tat besorgniserregend sind. Doch die Kommentierung der Allensbacher Untersuchung à la Fack und Noelle-Neumann, sind geradezu ein Lehrstück, wie man mit Studenten nicht umgehen sollte.

Nicht pauschale Diffamierung und Rückmarsch zur autoritären Ordinarienuniversität lautet die Parole, sondern Fortsetzung des kritischen Dialogs und verantwortungsvolle Demokratisierung von Hochschule und Gesellschaft.

Sie führen nur zur Verstärkung studentischer Entfremdung von unserer Gesellschaft. Natürlich ist es besorgniserregend, wenn acht Prozent der Studenten Gewalt gegenüber Personen und Sachen bei der Durchsetzung politischer Ziele für legitim halten. Nur, durch autoritäre Drohgebärden und Einschüchterung werden aus potentiellen Gewalttätern keine Demokraten. Die Lösung ist schwieriger und langwieriger. Hochschule muß wieder deutlicher in die Gesellschaft hineingereicht werden. Das ist nicht zuletzt zentrale Aufgabe der Studienreform: Stärkere Verzahnung von Theorie und Praxis im Studium. Aber auch Öffentlichkeit und Politik sind gefordert: Statt Horrormeldungen und Schaukämpfe über und in Hochschulen, differenzierte Argumentation und ernstgemeinter kritischer Dialog. Der Senator für Wissenschaft in Berlin, Peter Glotz, hat hier den Weg gewiesen.

(-/3.10.1978/ks/hgs)

Ökonomische Verlierer: Ledige und geschiedene Mütter

Max-Planck-Institut-Untersuchung bringt es ans Tageslicht

Von Dr. Renate Lepsius MdB

Mitglied des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung

Gerade rechtzeitig liegt ein Zwischenbericht der sozialwissenschaftlichen Forschungsgruppe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Privatrecht über "Die wirtschaftliche Situation unvollständiger Familien in der Bundesrepublik" (Hamburg, Mai 1978) vor, um sie noch in die Diskussion des Parlaments zu einer Reihe wichtiger Entscheidungen einzuführen. Hierbei sei erinnert an so wichtige Gesetzesvorhaben wie die "Unterhaltskassen", über die Vorlagen zu den Steueränderungsgesetzen 1978 und 1979 (einer vorgesehenen Einführung der Kinderadditive und des sogenannten Realsolittings), und die Anhebung des Kindergeldes ab 1979 und 1980, Vorlagen, die insgesamt gesehen, natürlich erhebliche Auswirkungen auf die wirtschaftliche Situation der "unvollständigen Familien" haben.

Die Untersuchung - sie kann sich insgesamt auf 5.474 Erhebungsfälle stützen - umfaßt alleinlebende geschiedene Frauen, alleinlebende verwitwete Frauen, geschiedene, verwitwete und ledige Elternteile (Väter wie Mütter) mit jeweils ein, zwei oder mehreren Kindern. Mit diesem sozialwissenschaftlichen Zwischenbericht liegt - nach der ersten überregionalen Untersuchung zur sozialen Situation der geschiedenen Frauen in der Bundesrepublik von Renate Künzel von 1974 - erstmals eine Analyse über die wirtschaftliche Bedarfsstruktur unvollständiger Familien vor. Sie wird - und das ist ihr Politikum - aus der politischen Diskussion über die Verbesserung der realen sozialen Situation unvollständiger Familien nicht mehr wegzudenken sein, nachdem ja auch der zweite Familienbericht der Bundesregierung 1975 eine wissenschaftliche Analyse unvollständiger Familien gefordert hatte.

Die hervorstechendsten Ergebnisse: Bereits anhand der Bruttobeträge für das Jahreseinkommen läßt sich eine deutliche Rangfolge von vier Gruppen herauskristallisieren. "Ein-Elternteil-Familien mit geschiedenen Vätern sowie solche mit verwitweten Müttern weisen das höchste Durchschnittsbruttoeinkommen auf, deutlich abgesetzt von den Ein-Elternteil-Familien mit geschiedenen und ledigen Müttern". Haben rund 75 Prozent der Witwen mit Kindern Einkommen aus öffentlichen Renten und Pensionen, so liegt der Einkommenschwerpunkt der unvollständigen Familien bei geschiedenen und ledigen Müttern im Bereich der laufenden Übertragung aus anderen privaten Haushalten, kurzum also bei Unterhaltszahlungen vom geschiedenen Ehepartner, Unterstützungen von nicht im Haushalt lebenden Familienangehörigen und Alimentenzahlungen. Gut zwei Drittel der geschiedenen Mütter und ca. die Hälfte der ledigen Mütter, so die Untersuchung, beziehen in dieser Einkommensgruppe ein Einkommen. Freilich macht der in diesem Bereich erzielte Durchschnittsbetrag "nur einen geringen Anteil an ihrem globalen durchschnittlichen Nettoeinkommen aus". Er beträgt bei den geschiedenen Müttern lediglich 17,3 Prozent an eigene Nettoeinkommen und liegt mit sieben Prozent bei den ledigen Müttern sogar noch um die Hälfte niedriger. Mit anderen Worten, Haupteinkommensquelle lediger und geschiedener Mütter ist ihr eigenes Arbeitseinkommen.

Umgekehrt zeigt sich bei Gruppen unvollständiger Familien, nämlich den geschiedenen Vätern und den verwitweten Müttern, daß ihr Nettoeinkommen im Vergleich zur Standardfamilie noch über dem durchschnittlichen Nettoeinkommen einer vierköpfigen vollständigen Familie liegt: Um 2,5 Prozent höher bei unvollständigen Familien mit geschiedenen Vä-

ter, um 1,7 Prozent mit verwitweter Mutter. Deutlich fallen hingegen Teilfamilien mit geschiedener Mutter, knapp gefolgt von ledigen Müttern ab.

Als "ökonomische Gewinner" bezeichnet daher die wissenschaftliche Analyse des Max-Planck-Instituts die Ein-Eltern-Familien mit geschiedenem Mann oder mit verwitweter Frau, auch im Vergleich zur Standardfamilie mit einer nichtberufstätigen Mutter, weil beide Gruppen "ein nur wenig kleineres Einkommen als diese Familien haben", während, wie es in der Untersuchung heißt, "die beiden ökonomischen Verlierer unter diesen unvollständigen Familien die geschiedenen und ledigen Mütter sind".

Bei den Ein-Eltern-Familien aus der Arbeitsschicht bestreiten die Eltern ihr Einkommen durchschnittlich weitgehend aus eigener unselbständiger Arbeit, bei geschiedenen Arbeiterfrauen macht daher der Anteil an Unterhaltsleistungen an ihren Nettoeinkommen durchschnittlich weniger als zehn Prozent aus. Es ist daher nur logisch, daß geschiedene Arbeiterfrauen, angesichts mangelnder Leistungsfähigkeit der unterhaltspflichtigen geschiedenen Ehemänner auf abhängiger Arbeit verwiesen sind, ihrer sozialen Schicht entsprechend nur knapp unter den Nettoeinkünften der vollständigen Standardarbeiterfamilien mit nichtberufstätigen Müttern und zwei Kindern bleiben. Die eigentlich defizitäre ökonomische Situation liegt jedenfalls bei geschiedenen Müttern, die nicht berufstätig sind und ihr Einkommen lediglich aus privaten Unterhaltsleistungen bestreiten müssen.

Schließlich ist es auch noch wichtig, daß verwitwete Mütter auch mit nur einem Kind, weit aus weniger Steuern, bezogen auf das Steuereinkommen einer Standardfamilie mit einem Kind, zahlen als die ledigen und geschiedenen Mütter, die einen relativ hohen Anteil in Form von Steuern an die öffentliche Hand abführen müssen.

Es ist das Verdienst dieser Untersuchung des Max-Planck-Instituts, daß sie die Globalgruppe "unvollständige Familie" mit ihrer höchst unterschiedlichen Interessenvertretung im vorparlamentarischen Raum anhand empirischer Belege noch einmal auffächert und eine klare Rangfolge der ökonomischen wie sozialen Lage herausarbeitet. Denn nicht notwendigerweise muß mit dem Status "alleinstehender Ein-Elternteil-Familie" auch "eine allgemeine ökonomische Unterprivilegierung" der Lebenssituation verbunden sein.

Fazit der Untersuchung: Verwitwete Mütter, die allein leben, sind am besten dran. Ihr folgt die unvollständige Vater-Familie (knapp 70.000, zur Hälfte unterteilt in geschiedene oder verwitwete Väter, bezogen auf insgesamt 600.000 Familien, in denen alleinstehende Mütter Kinder im Alter unter 18 Jahren erziehen). Aber das Schlußlicht bilden die alleinlebenden geschiedenen und ledigen Mütter. Jetzt fragt sich nur, warum eigentlich das Bundesjustizministerium diese Untersuchung - auch wenn sich's um einen Zwischenbericht handelt - auszugsweise nicht längst veröffentlicht und damit einem größeren Kreis zugänglich gemacht hat. Die Politiker jedenfalls, die jetzt über Unterhaltskassen, über Kindergeld und Steueränderungsgesetze 1978 und 1979 beraten und entscheiden werden, tun gut daran, diese Untersuchung zur Kenntnis und zur Grundlage ihrer Entscheidungsfindung zu nehmen. (-/3.10.1978/vo-he/hgs)